

Vier Möglichkeiten das FRIEDENS-INFO zu abonnieren:

☐ Anbei 10,- DM für die nächsten 10 Ausgaben

☐ Ich schenke ein Abo für 10,- DM an:

Adresse: Name Strasse

Plz Wohnort Telefon

Eine schöne Geschenkkarte wird im ersten Friedensinfo mitgeschickt.

☐ Ich überweise monatlich DM Spende für die Unterstützung der Friedensarbeit.

☐ Ich überweise eine einmalige Spende von DM

Absender: Name Strasse

Plz Wohnort Telefon

----- schnipp ----- schnapp ----- ab -----

Einsenden an: Friedensbüro, Bopparder Str. 25, 5448 Kastellaun.

Spendenkonto: Volksbank Kirchberg, Kto 101 35 91, BLZ 560 614 72
Postschekkonto Ffm, Sonderkonto Hilde Engelmann, Kto 44 1898-603

Telefon des Friedensbüros: 06762-6075

HUNSRÜCK-FORUM

Zeitschrift für Demokratie und Frieden

Die jeweils neuesten Beobachtungen, Termine, Hintergrundberichte und „Indiskretionen“ aller Art. Herausgegeben von Mitarbeitern der Hunsrücker Friedensbewegung.



- Das HUNSRÜCK-FORUM kostet im Jahresabonnement DM 12,80 (incl. Porto) und ist zu beziehen über Postfach 451, 6540 Simmern, Telefon 06746/1639.

IMPRESSUM: – Friedensinformationen – der FI Rhein-Hunsrück-Mosel
Bopparder Str. 25, 5448 Kastellaun, Tel. 06762-6075

V.i.S.d.P.: Barbara Müller, Heidrun Kisters, Reinhard Sczech, Horst Petry

Satz+Druck: Druckerei H. Petry, 5449 Pfalzfeld

Friedens - Informationen

Nr. 36

Oktober 1988



Preis: 50 Pfennig

Herausgegeben von den

Friedensinitiativen Rhein - Hunsrück und Nahe - Mosel

Kaffee, Kuchen, Informationen...



**Stand des Friedensstammtisches
anlässlich des Bürgerfestes in Kastellaun
am 24. September 1988**

(Foto: Karin König, Kastellaun)

Kreuze zerstört – BILD lügt

Es ist schon spät am Freitagabend in der Gaststätte „Beller Bahnhof“, direkt gegenüber dem Friedensacker. Drei junge Männer sitzen noch zusammen mit dem Gastwirt an einem Tisch und klönen. Um Mitternacht will einer von ihnen nach Hause fahren.

Draußen vor der Tür wird er stutzig, ganz deutlich ist das Schnarren einer Motorsäge zu hören. Wer wird so spät nachts noch im Wald arbeiten? Er versucht die Herkunft der Geräusche zu orten und schon nach kurzer Zeit besteht kein Zweifel mehr: Jemand sägt auf dem benachbarten Friedensacker.

Sofort alarmiert er seine Freunde in der Gaststube. Zu viert schleichen sie sich nun in Richtung Friedensacker. Da bietet sich ihnen ein gespenstiges Bild. Die Schatten zweier kräftiger Männer ragen aus dem Bodennebel in die Vollmondnacht. Kreuz um Kreuz wird „gekonnt“ in Kniehöhe abgesägt. Sobald ein Auto auf der Hunsrückhöhenstraße auftaucht lassen sich die beiden auf den Boden fallen.

Einer der vier läuft zu einem Telefon und alarmiert die Polizei. Ein anderer will nicht länger warten bis alle Kreuze abgesägt sind und ruft die Männer an. Die packen ihre Motorsäge und rennen weg - in Richtung Tor 4 der Cruise Missile Basis. Dort ist ein alter R4-Kastenwagen mit Koblenzer Nummernschild geparkt. Die Zeugen des nächtlichen Geschehens wollen eine Flucht verhindern und werfen Äste und Stöcke aus dem kleinen Tannenwald auf die Fahrbahn. Doch da braust auch schon ohne Licht das Fluchtfahrzeug heran. Einer der jungen Männer steht auf der Fahrbahn und gibt Handzeichen zum Anhalten. Nur mit einem Sprung in den Graben kann er seine Gesundheit retten. Kurze Zeit später trifft die Polizei ein. Eine Fahndung nach dem Fahrzeug in dieser Nacht bleibt erfolglos - aber das Kennzeichen ist bekannt und der Halter kann festgestellt werden. Schon am Montag berichtet die Bildzeitung auf Seite 4 mit der Überschrift: „50 Friedenskreuze umgesägt“ über die Tat. BILD weiß auch schon mehr als die Polizei: „Zwei Männer (20) sägten in der Nacht zum Samstag auf einem Acker in Wüschheim (Hunsrück) mit einer Motorsäge rund 50 Friedenskreuze um. Die Zerstörer der Kreuze wurden bereits kurz nach der Tat gefaßt. Sie waren extra aus Koblenz angereist.“

Die Polizei in Simmern gibt da zwei Tage später eine vollkommen andere Auskunft: „Das Kennzeichen des Fluchtfahrzeuges konnte abgelesen und der Halter festgestellt werden. Ob der Halter die Tat gesteht oder bestreitet wurde noch nicht ermittelt.“

Woher BILD an die Geschichte kam ist sowieso eine große Merkwürdigkeit in diesem



Fall. Über Friedensinitiative, die Polizei oder die Zeugen nicht. Blieben da noch die Täter, oder irgendwelche Auftraggeber oder wie, oder was?

Schon die Formulierung in BILD „auf einem Acker in Wüschheim ...“ befremdet. Jeder Einheimische verbindet mit dem Friedensacker den Beller Markt und die Ortschaft Bell, eventuell Hasselbach - aber Wüschheim?

Wüschheim ist für amerikanische und deutsche Militärs die Ortschaft bei der Cruise Missile Raketenstation, obwohl Wüschheim noch hinter Hundheim in der Verbandsgemeinde Simmern liegt. Da wird doch nicht aber lassen wir das, die Affären um Barschel, Spielbanken, das Celler Loch, staatlich bezahlte Brandstifter und Mauss haben wohl meine Phantasie überstrapaziert, es waren wohl nur zwei dumme Kerle aus Koblenz, die ihre neue Motorsäge bei Vollmond ausprobieren wollten.

Alle Patinnen und Paten eines zerstörten Kreuzes können übrigens Strafanzeige wegen Sachbeschädigung und Beleidigung erstatten.

(Dazu ist als Information wichtig: Insgesamt wurden 72 Kreuze im vorderen Bereich zerstört, etwas mehr als 20 Kreuze stehen noch in den beiden Außenreihen im hinteren Bereich.)

Also: entweder direkt bei Staatsanwalt Halfmann, oder aber besser bei der Schutzpolizeiinspektion in 6540 Simmern Anzeige erstatten.

Reinhard Szezech/ Bell

Nachtrag: Wir wollen die Kreuze natürlich wieder aufrichten (evtl. Bretter seitlich anschrauben). Ein Termin, an dem wir uns gemeinsam auf dem Friedensacker treffen, wird rechtzeitig übers Delegiertentreffen und in einem Rundschreiben an die Kreuzpatinnen und -paten bekanntgegeben. Wer aber „sein/ihr“ Kreuz schon vorher wieder reparieren will, kann dies natürlich tun.

Der Goßberg muß friedlich bleiben!

Bald wird es soweit sein - die militärischen Bauarbeiten auf dem Goßberg sollen noch in diesem Jahr beginnen. Mit großem Propagandaaufwand werden - endlich - die Cruise Missiles aus Hasselbach abgezogen - und zwei Kilometer weiter wird schon wieder aufgetüstet.

Die NATO will auf dem Goßberg eine „Datenauswertstation“ errichten, die von den amerikanischen Streitkräften genutzt werden soll. Hier soll in Zukunft jene US-Luftwaffeneinheit untergebracht werden, die zur Zeit mit ihren Funkantennen noch im Wüschheimer Faas sitzt (dort, wo in den letzten Jahren rundherum die Bäume umgefallen sind). In einer Presseerklärung des Bundesverteidigungsministeriums wird der neue Bau sehr anschaulich beschrieben: „Die Datenauswertstation ist als zweigeschossiges, zum größten Teil erdversenktes Bauwerk geplant. Nach Fertigstellung wird es mit Erde bedeckt und begrünt. Die Liegenschaft/Baustelle wird aus Sicherheitsgründen - wie bei militärischen Anlagen auch sonst üblich - mit einer Einzäunung versehen.“ Also auf gut deutsch: Hier wird ein mit Stacheldraht abgesicherter Bunker gebaut.

Der Bunker wird 43 Meter lang und 38 Meter breit. Die Baukosten betragen rund 42 Millionen DM, von denen rund ein Viertel aus dem Bundeshaushalt aufzubringen sind. Wesentlich teurer wird die elektronische Ausstattung, die der Bunker eines Tages bekommen soll. Für den Betrieb der Datenauswertstation sollen im Umkreis von etwa fünf Kilometern drei große Antennen errichtet

werden. Dafür sind die jetzige Funkstation, die C-Battery im Wüschheimer Faas sowie das Bundeswehr-Depot Kappel im Gespräch. Eine konkrete Forderung der Amerikaner gibt es bereits: In der Nähe des Blümlinghofs sollen die Bäume geköpft werden, weil sie auf einmal zu hoch sind, um die Funksignale ungehindert durchzulassen. Die Bäume sind zwar in den letzten Jahren nicht gewachsen, dafür haben sich aber die militärischen Anforderungen verändert.

Das heutige Gelände der Funkstation ("Metro Tango") soll weiter als Wartungs- und Unterstützungsbereich genutzt werden, ja das Gelände soll sogar noch um weitere zwei Hektar erweitert werden. Die Losung heißt also nicht: Goßberg statt Metro Tango, sondern: Metro-Tango und Goßberg und was drumherum noch dazu gehört.

Welche Aufgaben hat eine "Datenauswertstation"? Hier werden alle Daten von Aufklärungssystemen gesammelt, in Computern ausgewertet und verarbeitet und dann an die übergeordneten Kommandozentralen weitergegeben. Diese wandeln die Aufklärungsdaten in Zieldaten um: die eigenen Waffensysteme erhalten die Befehle, wohin sie zu schießen haben. Die "Erfolgskontrolle" wird dann wieder über die Aufklärungssysteme und Datenauswertstationen gemeldet. Der Goßberg soll also in Zukunft eine wichtige Rolle im Nervensystem der Kriegführung spielen. Was ist nun "schlimmer"? Stationierte Raketen oder Nervenzentren der Kriegführung vor der Haustür? Das Bauvorhaben Goßberg ist keineswegs so harmlos, wie es die Militärs hinstellen wollen. Der Datenbunker auf dem Goßberg bedeutet einen weiteren Schritt der Aufrüstung - und deshalb muß er verhindert werden. Der Goßberg muß friedlich bleiben!

Alle sind aufgefordert, sich Gedanken über mögliche Aktionen zu machen. Wir müssen darüber aufklären, was die Militärs mit dem Goßberg vorhaben. Wir müssen phantasievoll, gewaltfrei und aufrüttelnd an die Öffentlichkeit treten. Vorschläge dazu sind erwünscht. Auf den nächsten Delegiertentreffen wird darüber beraten.

* * *

Wolfgang Bartels

Pershing, Pershing und kein Ende

Pershing II – Herbstmanöver Carbon-Archer

Während die ersten Raketen aus Heilbronn schon gesprengt und die ersten Lafetten auch schon zersägt werden, setzt das Pershing-Kommando unermüdlich seine Manöverfähigkeit fort.

Zwar hatte das Jahr 1988 ruhiger als üblich begonnen: Ein Frühjahrsmanöver fand nicht statt, und man/frau beschränkte sich im Großen und Ganzen auf zahlreiche kurze Ausfahrten einzelner Züge in die nähere Umgebung.

Erst im August gingen wieder ganze Batterien in die Wälder, zum Teil bis nach Karlsruhe. Gerade sind 27 Pershings von einer Fünf-Tage-Übung in drei Landkreisen zurück, kommt nun die Ankündigung fürs Pershing-Herbstmanöver auf den Tisch. Im Zeitraum vom 14. - 23. November werden rund 3000 Pershing-Soldaten aller drei Stationierungsorte mit 1200 Räderfahrzeugen einschließlich zahlreicher Raketenwerfer im süddeutschen Raum unter-

wegs sein. Eine Ankündigung liegt vor für die Kreise BB, ES, GP, HDH, HN Hohenlohe, LB, MTK, WN, AA, SHA, im Reg. Bez. Stuttgart.

Erfahrungsgemäß wird jedoch ein weitaus größeres Gebiet betroffen sein. Um dieser neuerlichen Provokation entgegenzutreten wird wie immer eine Manöverbeobachtung organisiert, als Grundlage wirksamer Begleit-, Protest- und Störaktionen in den betroffenen Gebieten.

Zur Vorbereitung solcher Aktionen rufen wir auf und bitten um die Zusendung von Manöverankündigungen anderer Regionen. Finanzielle und tatkräftige Unterstützung für die Manöverbeobachtung ist dringend notwendig.

Vorbereitung und Kontakt:

Pressehütte Mutlangen

Forststr. 3,

7075 Mutlangen

Tel. 07171/76210

Ein Brief an den Justizminister Caesar im Zusammenhang der Blockade-Prozesse beim Landgericht Mainz

Sehr geehrter Herr Justizminister Caesar!

Am 26.9.1988 hatte ich am Landgericht Mainz einen Prozeß wegen der Sitzdemonstration am Cruise-Missile-Stationierungsgeände bei Hasselbach im November 86.

Der Grund, warum ich Ihnen schreibe, hängt nicht direkt mit der Sitzdemonstration selbst, bzw. mit der Rechtsprechung darüber zusammen. Mein Anlaß ist vielmehr das Verhalten des diesem Prozeß vorsitzenden Richters. Herr Jungblut, Richter am Landgericht Mainz, hat sich in meinen Augen verhalten, wie es eines Gerichtes in einer Demokratie nicht würdig ist. Ich war ziemlich entsetzt über seine Ausfälle und Äußerungen, die Beleidigungen gleichkamen. Der Ton war so, wie ich ihn mir am Volksgerichtshof in der NS-Zeit vorstellen würde.

Als ich z.B. fragte, ob er bitte etwas lauter sprechen könnte, da ich ihn als Angeklagte kaum verstehen konnte, herrschte er mich an, ich soll gefälligst auch zuhören. Ähnlich harsch war sein Ton den Zuschauern gegenüber, die sich sehr diszipliniert verhielten und auch nur baten, daß er etwas lauter und deutlicher sprechen möge.

Zugute möchte ich ihm halten, daß er während des Schlußwortes der Angeklagten diese aussprechen ließ, ohne zu unterbrechen. Allerdings fragte ich mich im Anschluß bei der Urteilsbegründung, ob er überhaupt zugehört hatte. Denn bei dieser bezog er sich auf fast keines unserer Argumente.

Die Urteilsbegründung ähnelte mehr einer Schimpftirade auf uns. Wir seien arrogant, würden nicht bereit sein, uns auch nur mit der Meinung anderer auseinanderzusetzen, gewscheige denn, dazulernen zu wollen; wir seien antiamerikanisch und Feinde unserer Verfassung. In der Nazi-Zeit hätten wir mit Sicherheit auch nur zu denjenigen gezählt, die die Faust in der Tasche geballt und ansonsten feige alles mitgemacht hätten usw. usw. Natürlich kann jemand solch eine Meinung über Menschen entwickeln, die zivilen Ungehör-

sam aus christlicher Überzeugung und aus Sorge um die Gegenwart und die Zukunft leisten. Es steht jedem/r frei, darüber so zu denken, wie er/sie es möchte oder vermag. Aber als Urteilsbegründung vor einem Gericht kann ich das nicht akzeptieren.

Auch über das Urteil selbst kann man geteilter Meinung sein. Da habe ich grundsätzlich keine Probleme. Nur der Umgangston und was inhaltlich als Urteilsbegründung herhalten mußte, - was übrigens in der schriftlichen Urteilsbegründung keineswegs auftauchte -, schadet in meinen Augen sehr dem Ansehen der Justiz. Mehrere Zuhörer/innen haben zum ersten mal in ihrem Leben einen Prozeß besucht und waren sichtlich schockiert von dem Ablauf und dem Verhalten von Richter Jungblut.

Ich schreibe Ihnen dieses, weil ich der Meinung bin, daß Sie darüber Bescheid wissen sollten, was sich am Landgericht in Mainz abspielt. Ich habe inzwischen auch von anderen Mitblockierer/innen erfahren, daß sie überrascht bis entsetzt über das Verhalten von Richter Jungblut waren.

Bitte helfen Sie mit, daß unser Respekt vor der bundesdeutschen Justiz nicht noch mehr Schaden erleidet, als es schon ohnehin seitens der Rechtsprechung in Bezug auf Sitzdemonstrationen geschehen ist.

Muß das Vertrauen der Bürger/innen in den Staat und seine Organe noch unnötig und zusätzlich strapaziert werden?

Bitte seien Sie so gut und geben mir kurz Rückmeldung, wie Sie diesen Brief aufgenommen haben und wie Sie darauf reagieren wollen. Herzlichen Dank.

Mit freundlichen Grüßen
Beate Ronnefeldt

... und sie prozessieren noch immer!

Es mag ja immer absurder werden, aber die Prozesse wg. Blockade und Aufruf finden mit schöner Regelmäßigkeit noch immer auf den diversesten Ebenen der bundesdeutschen Justiz statt. Da wird ein wegen unsauberer Finanzgeschichten rechtskräftig verurteilter Politiker aus Gründen der Resozialisierung Parteivorsitzender - und der rheinland-pfälzische Justizminister, der der gleichen Partei angehört, fordert die Justiz zur unnachsichtigen Verfolgung von Friedensleuten auf. Die Raketen werden verschrottet - und diejenigen, die mit vielen Aktionen, Demonstrationen und eben auch gewaltfreien Blockaden mit dafür gesorgt haben, daß der INF-Vertrag zustande kam, werden noch immer angeklagt.

Es ist nicht ganz einfach, den Überblick über die verschiedenen Prozesse zu behalten. Deshalb sei hier ein Versuch gewagt:

Amtsgericht Simmern: Hier wird verurteilt wie eh und je nach Simmerner Standard - für Blockade 30 Tagessätze, für Aufruf zur Blockade 40 Tagessätze. Volker Nick aus Mutlangen wurde wegen vierfacher Blockade zu 85 Tagessätzen zu je 20 DM, also 1700 DM verurteilt. Volker hat angekündigt, daß er die Geldstrafe nicht bezahlen, sondern absitzen werde: "Angesichts der Bereitschaft, die ganze Menschheit auszulöschen, halte ich die Bereitschaft, ins Gefängnis zu gehen für den allerdings nicht ausreichenden Ausdruck von Widerstand und Hoffnung."

In der Woche vor Volkers Prozess war die Kasseler Theologie-Professorin Dr. Luise Schottroff (früher Mainz) zu 6000 DM Geldstrafe wegen Teilnahme an der Blockade im Mai 1987 verurteilt worden. Dieser Prozeß hat wieder starkes Echo in den Medien ausgelöst.

SWF 3 brachte einen Fernsehbericht, Frankfurter Rundschau und kirchliche Zeitungen berichteten ausführlich.

Eine neue Variante gibt es bei den Prozessen wegen des Aufrufs zur Oktober-Blockade. In bisher fünf Fällen lehnten es die Angeklagten ab, ein "Geständnis" abzulegen und machten vor Gericht keine Aussage. Daraufhin ging dem Staatsanwalt das Beweismaterial aus, so daß die betreffenden Verfahren ausgesetzt werden mußten. Nun ermittelt Herr Halfmann weiter. Gegenüber der "taz" nannte er es "Weiterwurschteln".

Generell bleibt jedoch festzuhalten: Offenbar wird es schwieriger, daß Freundinnen und Freunde zu den Prozeßterminen mitgehen. Die Betroffenen melden sich auch nicht immer rechtzeitig im Friedensbüro. Also: Nicht nachlassen mit der Solidaritätsarbeit!

Landgericht Bad Kreuznach: Der Aufruf zur Blockade im Oktober wird von Richter v. Tzschoppe offenbar als strafbar gewertet. Es kam zwar noch zu keinem Prozeß; jedoch hat eine Angeklagte auf die Berufung verzichtet, nachdem ihr der Richter bedeutet hatte, daß sie mit einer Bestätigung des Simmerner Urteils rechnen müsse. Auch die Teilnahme an der Mai- und Oktober-Blockade wird von Richter v. Tzschoppe als strafwürdig angesehen, da zu diesem Zeitpunkt erstaunlicherweise schon klar war, daß der INF-Vertrag zustande kommen würde (Kenner wissen, daß die Bundesregierung damals noch ganz massiv blockierte). Die liberale Rechtsprechung des Bad Kreuznacher Landgerichts bröckelt also ab. In diese Linie paßt übrigens auch die Bestätigung der Verurteilung des HUNSRÜCK-FORUMS wg. eines Artikels zur Volkszählung durch Herrn v. Tzschoppe.

Oberlandesgericht Koblenz:

Hier ist alles beim alten - die Strafwürdigkeit der Blockaden wird bestätigt.

Landgericht Mainz: Die meisten Verfahren aus Koblenz werden zur Festlegung des Strafmaßes hierher verwiesen. Die Simmerner Tagessätze wurden bisher immer bestätigt. Was hier wie Routine klingt, hat jedoch einen unangenehmen Beigeschmack. Der dortige Richter Jungbluth gefällt sich darin, die Angeklagten auch noch fertig zu machen und ihnen allerlei Beleidigendes an den Kopf zu werfen. Beschwerden an den Justizminister (allerdings ohne große Hoffnung auf Erfolg - siehe oben) sind bereits unterwegs.

Bonner Amtsgericht: Hier geht es um den Aufruf zur Blockade im Mai 1987. Hier sind immer noch alle Varianten von der Einstellung des Verfahren über einen Freispruch bis zur Verurteilung drin - es ist halt wie beim Lotteriespiel.

Bonner Landgericht: Hier haben inzwischen die ersten Berufungsprozesse stattgefunden. Jürgen-Bernd Runge wurde zu 30 Tagessätzen verurteilt, Harald Böhme und Thomas Schmidt erhielten eine "Verwarnung mit Strafvorbehalt" über 15 Tagessätze, falls sie innerhalb von zwei Jahren wieder "straffällig" werden. Franz-Josef Hofmann wurde "mangels Beweisen" freigesprochen. Die "Verwarnung mit Strafvorbehalt" ist wohl die größte Unverschämtheit, die sich die Justiz bisher erlaubt hat. Wenigstens wird der Maulkorb- und Einschüchterungscharakter der Urteile offensichtlich wie selten zuvor. Aber ob Harald und Thomas sich jetzt wirklich "anständig" benehmen?

Soweit die knappe Übersicht zur Prozeß-Situation. Spendet auf den Rechtshilfe-Fonds! Geht mit in die Gerichtsverhandlungen! Termine sind im Friedensbüro zu erfragen.

Wolfgang Bartels

Prozeßtermine

Mo. 7.11., 8.30 Uhr: Petra Kelly, Gerd Bastian, u.a.;	LG Mainz
Di. 8.11., 14.00 Uhr: Neßling, Feldmann ...	LG Mainz
Mi. 9.11., 10.00 Uhr: Barbara Rübhelke, Jean Luc Tissot	AG Simmern
Mo. 14.11., 14.00 Uhr: Sonja Grieser;	LG Mainz
Di. 15.11., 8.30 Uhr: Metzler, Walber, Schwarz, u.a.	LG Mainz

Beschwerde abgelehnt!

Auf die Beschwerde gegen Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluß der Beschwerdeführerin Heidrun Kisters hat die 2. Ferienstrafkammer des Landgerichts Bad Kreuznach durch den Vorsitzenden Richter am Landgericht Mey, den Richter am Landgericht Endell und die Richterin Hill am 14. September 1988 beschlossen:

Die Beschwerde der Frau Heidrun Kisters gegen den Beschluß des Amtsgerichts Simmern vom 9. August 1988 wird verworfen.

Die Beschwerdeführerin hat die Kosten im Beschwerdeverfahren einschließlich ihrer notwendigen Auslagen zu tragen.

Aus der Begründung:

"Soweit sich die als Beschwerde zu behandelnde Eingabe vom 1. September 1988 gegen die Durchsuchung der Räume des Friedensbüros und den die Durchsuchung anordnenden Gerichtsbeschluß richtet, ist sie als unzulässig zu verwerfen. Die Durchsuchung hat am 11. August 1988 stattgefunden. Nach beendeter Durchsuchung ist aber eine Beschwerde unzulässig, weil ein Rechtsschutzinteresse nicht mehr besteht. Die Durchsuchung kann nämlich nicht mehr rückgängig gemacht werden. ..."

"Soweit sich das Rechtsmittel gegen die Beschlagnahme von Beweisgegenständen richtet, ist es als Beschwerde gegen die richterliche Anordnung der Beschlagnahme ...zulässig. ... Die insoweit zulässige Beschwerde ist jedoch in der Sache nicht begründet und somit zu verwerfen.

Gemäß §94 Abs. 2 StPO können Gegenstände beschlagnahmt werden, die als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sein können. Hierzu ist die potentielle Beweisbe-

deutung der Gegenstände erforderlich und ausreichend. Es muß lediglich die Möglichkeit bestehen, daß die Gegenstände zu Untersuchungszwecken verwendet werden können. ... Diese potentielle Beweisbedeutung der in dem Friedensbüro beschlagnahmten zwei Briefe ist im vorliegenden Fall zu bejahen. Die fraglichen Briefe setzten sich mit den Blockadeaktionen im Hunsrück im Herbst 1987, mit der öffentlichen Aufforderung hierzu und mit in diesem Zusammenhang stehenden Unterschriftenlisten auseinander. Der zweite beschlagnahmte Brief ... enthält eine Adressenliste, welche Namen und Anschriften mehrerer Unterzeichner eines Aufrufes zu Blockadeaktionen enthält. Eine potentielle Beweisbedeutung dieser Briefe liegt im gegenwärtigen Verfahrensstand vor.

Auch die materiellen Voraussetzungen der Beschlagnahme liegen vor. Der Beschuldigte Wolfgang Bartels ist nach dem bisherigen Ermittlungsstand dringend verdächtig, als Verantwortlicher im Sinne des Pressegesetzes den "Aufruf zu den gewaltfreien Aktionen im Hunsrück vom 2. bis 11. Oktober 1987" unterstützt und somit eine unbekannte Vielzahl von Personen aufgefordert zu haben, sich an Sitzblockaden zu beteiligen. Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes (Beschluß vom 5. Mai 1988...) und der beiden Strafsenate des Oberlandesgerichts Koblenz ...ist die Teilnahme an einer Sitzblockade als strafbare Nötigung anzusehen. Wer hierzu öffentlich durch Verbreiten von Schriften auffordert, macht sich selbst gemäß §111 StGB strafbar."

*Was sagen Sie?
Für Freiheit und Recht hätten Sie demonstriert?
— Das Recht und die Freiheit, das bin ich!!*





Briefe + Antworten



29. August 1988
(1. Tag nach Ramstein)

Sehr geehrter Herr Verteidigungsminister!

Wir, die Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel fragen an:

Wielange noch soll eine Schreckensnachricht die andere jagen von der "Pflicht und Spielübungen" der Kriegsmaschinerie?

Zu den ersteren gehören die Tiefflüge, wogegen Ihnen Warnungen und Proteste genügend vorliegen; und zu den zweiten lassen Sie Flugtage zu, welche zum Verbrechen an den herbeigelockten Menschen werden, nach dem Strafgesetzbuch wohl als "versuchter Totschläge" zu bezeichnen!

Und nach der Erfahrung der gestrigen Katastrophe fordern wir Sie auf, mit den Flugtagen und außerdem mit den Tiefflügen endgültig Schluß zu machen, wodurch wir schon so oft einer Katastrophe nahe gewesen sind!
Warten Sie nicht, bis es wieder zu spät ist und nehmen Sie die Warnungen endlich ernst!

Die Katastrophe von Ramstein muß für Sie die Erkenntnis sein, daß Sie nicht die nötige Übersicht über solche Ausmaße der Verheerung besitzen und sich daraus die Konsequenz ergibt, daß Sie Ihr Amt als Verteidigungsminister zur Verfügung stellen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Vogel!

"Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, dann wird der Brunnen abgedeckt". Dieses Sprichwort soll den Menschen als Vor-Warnung dienen, nicht als letzter Schluß! Sie haben es aber bis zum letzten kommen lassen, trotz aller Warnungen der Friedensgruppen und aller anderen.
Es ist erschütternd zu sehen, wie diese Flugtage zu Volkfesten gemacht werden, um gefährliches Kriegsgerät zu verharmlosen und zum Leben des heutigen Menschen dazu gehörend darzustellen.
Ihre Stellungnahme zu dieser Katastrophe hat uns empört. Wir hätten uns von Ihnen gewünscht, daß Sie als Landesvater, der Verantwortung für seine Landeskinder hat, auch seine Schuld daran eingesteht. Stattdessen machen Sie das "Kind" dafür verantwortlich! Indem Sie sagen, daß doch abertausende die Flugtage haben wollten.

Aber damit es nicht bald wieder zu sprät ist, fordern wir, die Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel, Sie auf, umgehend für die endgültige Einstellung solcher Flugtage zu

sorgen und sich ernsthaft für die Abschaffung der Tiefflüge einzusetzen, welche uns schon oft nahe einer Katastrophe gebracht haben!!

Außerdem fordern wir Sie auf, die Giftgaslager in Fischbach, welche höchste Gefahr darstellen, zu beseitigen: 1 Liter von diesem Zeug kann 1 Million Menschen töten und eine andere Million lebensgefährlich vergiften! Und das alles wissen Sie und was tun Sie dagegen? Die jetzige Situation kommt einem "versuchten Totschlag" nach dem Strafgesetzbuch gleich! Was ist dagegen eine Aufforderung zur Blockade vor Militärreinrichtungen, wohinter sich die Katastrophen ansammeln, wofür Aufruhr und Blockierer ins Gefängnis kommen oder hohe Strafen zahlen müssen??!!

Wir bitten um Ihre Stellungnahme.

Aus „Kaiserslautern American“, Zeitung der US-Air-Force, die vor dem Flugtag in Ramstein verteilt wurde.

„Überlebenstips“ für Sonntag

Die Freilicht-Veranstaltung auf der Air-Base Ramstein zu überleben, mag ein alter Hut für Leute sein, die schon einmal einen Flugtag mitgemacht haben. Aber Leute, die noch am Montag fähig sein wollen zu sagen: 'Ich überlebte den Flugtag '88, haben besser keine Angst vor Massen, denn es werden viele Tausende von Menschen am Sonntag auf die Air-Base kommen.

Einige Tips, die etwas von der Angst nehmen können:

- Wer an der Air-Base lebt, sollte zu Fuß und nicht mit dem Wagen kommen.
- Folgen Sie den Anordnungen der Sicherheitspolizei und der Polizei und seien Sie auf Änderungen in den Verkehrsplänen gefaßt.
- Seien Sie geduldig und darauf vorbereitet, in langen Schlangen zu warten.
- Fahren Sie vorsichtig.
- Bleiben Sie ruhig und genießen Sie die Luftshow.

Eine äußerst unangenehme Randerscheinung bei der Demonstration der Friedensbewegung in Linnich, an der auch Menschen der Hunsrücker Friedensinitiative teilgenommen haben - dokumentiert in zwei Briefen

An den Innenminister von Nordrhein-Westfalen
Herrn Hubert Schnoor
Postfach
4000 Düsseldorf

Kastellaun, 17.10.88

Betr.: Demonstration der Friedensbewegung in Linnich am 15.10.88 - widerrechtliches Filmen durch die Polizei

Sehr geehrter Herr Innenminister Schnoor!

Hiermit möchte ich Sie im Namen der Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel darauf aufmerksam machen und dagegen protestieren, daß während der Demonstration der Friedensbewegung in Linnich am 15.10.88 die Kundgebung durch die Polizei rechtswidrig von einem Baukran aus gefilmt wurde. Einsatzleiter der Polizei war Polizeioberrat Eismar aus Düren.

Da Straftaten in keiner Weise von der vor dem Podest stehenden friedlichen Menschenmenge zu erwarten waren (bei Demonstrationen der Friedensbewegung ist es in noch keinem Fall zu Gewalttätigkeiten gekommen) ist das Verhalten der Polizei nach dem Volkszählungsurteil vom 15.12.83 verfassungswidrig.

Ich möchte Sie nun bitten, dafür zu sorgen, daß auch in NRW die Gesetze durch die Polizei beachtet werden und die Vernichtung des Filmmaterials einzuleiten.

Es ist schlimm, daß selbst in einem SPD-regierten Bundesland die Polizei so offensichtlich rechtswidrig handelt und dieses selbstverständlich tut.

Wir warten mit Spannung auf eine Antwort von Ihnen und bedanken uns im voraus für Ihre Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen
i.A. Beate Ronnefeldt
(Mitarbeiterin im Friedensbüro Kastellaun)

An Herrn
Polizeioberrat Eismar
Polizeidienststelle Düren
5160 Düren

Kastellaun, 17.10.88

Betr. Demonstration der Friedensbewegung in Linnich am 15.10.88 - rechtswidriges Filmen der Polizei

Sehr geehrter Herr Polizeioberrat Eismar!

Als den für den Einsatz der Polizei bei der Demonstration der Friedensbewegung in Linnich am 15.10.88 verantwortlichen Einsatzleiter möchte ich Sie darüber in Kenntnis setzen, daß

die Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel einen Brief an den Innenminister von NRW, Herrn Hubert Schnoor, geschickt hat, in dem sie feststellt, daß das Filmen der Demonstranten vom Baukran aus rechtswidrig war und die Vernichtung des Filmmaterials gefordert wird.

Eine Kopie dieses Briefes ist beigelegt.

Außerdem habe ich eine Kopie eines Referates beigelegt, welches ich bei einer gemeinsamen Tagung der Polizei und der Friedensbewegung in Rheinland-Pfalz gehalten habe und welches in der Fachzeitschrift der GdP abgedruckt wurde. Es möge Ihnen, sowie Ihren Kollegen und Kolleginnen als Diskussionsgrundlage dienen.

Wir hoffen sehr, daß Sie unseren Protest gegen das widerrechtliche Filmen nachvollziehen können. Wir wünschen uns, in einer Demokratie mit wirklicher Demonstrationsfreiheit leben zu können und nicht in einem Überwachungsstaat, den Sie wahrscheinlich selber eigentlich auch nicht wollen.

Wir würden uns freuen, von Ihnen zu hören und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
i.A. Beate Ronnefeldt
(Mitarbeiterin im Friedensbüro)

Waltrud Will-Feld
Mitglied des Deutschen Bundestages

Frau Heidrun Kisters
c/o Friedensbüro
Bopparder Str. 25
5448 Kastellaun

Bonn, den 19.9. 1988

Sehr geehrte Frau Kisters,
zunächst freundlichen Dank für Ihr Schreiben vom 1. September 1988, mit dem Sie mir die Fotokopien von Unterschriften, von mehr als 2000 Bürgerinnen und Bürgern, übersandt haben.

Ich habe Verständnis dafür, daß Beunruhigung darüber herrscht, daß noch Manöver mit den Cruise Missiles durchgeführt werden. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß schon bei der Information über das INF-Abkommen mitgeteilt wurde, daß noch so lange Manöver mit den Cruise-Missiles durchgeführt werden, bis diese endgültig abgezogen werden. Dies wird damit begründet, daß solange der Abzug und die Vernichtung der Mittelstreckenwaffen nicht abgeschlossen ist, die Sicherheit und Einsatzfähigkeit der betreffenden Waffensysteme gewährleistet sein muß. Für den gesamten Abzug und die Vernichtung der Mittelstreckenwaffen ist ein Zeitraum von drei Jahren ab dem Inkrafttreten des INF-Abkommens vorgesehen. Dies bedeutet, daß für diesen Zeitraum auch noch mit Übungen und Manövern dieser Waffensysteme zu rechnen ist. Diese Tatsache ist weder vom Verteidigungsministe-

rium, noch von den Amerikanern verschwiegen worden. Der Bevölkerung hätte also klar sein müssen, daß zunächst noch weitere Manöver erfolgen werden.

Ich halte es im Rahmen der Abwicklung des INF-Abkommens nicht für sinnvoll, eine Aktion gegen die Manöver zu starten. Es sollte zunächst einmal positiv bewertet werden, daß es - durch den Einsatz aller Kräfte - gelungen ist, ein Abrüstungsabkommen wie das INF-Abkommen zu erzielen. Diese positive Grundstimmung ermöglicht dann sicher sehr viel eher weitere Abrüstungsabkommen, die mehr als wünschenswert sind.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre
(folgt Unterschrift)

Hierzu schreibt auch DER CHEF DES BUNDESKANZLERAMTS:

Sehr geehrte Frau Kisters,

für die Zuschrift vom 1. September 1988 sage ich Ihnen - auch im Namen des Herrn Bundeskanzlers - Dank.

Leider kann sich das Bundeskanzleramt für die von Ihnen gewünschte Weiterleitung der Unterschriftenlisten nicht zuständig fühlen. Ich gebe sie Ihnen daher anliegend zurück. Die fehlende Identifizierungsmöglichkeit mit einigen Kernaussagen des den Unterschriften vorangestellten Textes macht zudem folgende Klarstellung notwendig.

1. Bekanntlich ist die Beseitigung der Mittelstreckenraketen im INF-Vertrag verbindlich geregelt. Demnach umfaßt die Eliminierungsphase 3 Jahre, in der beide Seiten einen stufenweisen, in den Relationen gleichen und gleichzeitigen Abbau vorgesehen haben. Nicht nur in der DDR und in der CSSR, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland ist der erste Reduzierungsschritt vollzogen worden. Es entspricht der Logik einer solchen Vereinbarung, daß die für eine spätere Eliminierung eingeplanten Waffen bis dahin einsatzbereit gehalten werden. Diese Logik gilt übrigens auf beiden Seiten.

2. Bei den für die Stationierung der Raketen bis 1991 genutzten Einrichtung handelt es sich um weitgehend aus Infrastrukturmitteln der NATO finanzierten Anlagen. Fortfall des bisherigen Nutzungsbedarf kann nicht automatisch Fortfall des militärischen Nutzungsbedarf überhaupt bedeuten. ... Das Vorschlagsrecht liegt zunächst bei dem bisherigen Nutzer. Auch wenn es in diesen Tagen häufig anders behauptet wird: eine Entscheidung ist noch nicht gefallen! Allerdings kann davon ausgegangen werden, daß die Anlagen weiterhin militärisch genutzt werden. Dies rechtfertigt auch den Abschluß noch laufender Bauarbeiten.

3. Oberstes Ziel der Sicherheitspolitik der Bundesregierung ist die Verhinderung eines jeden Krieges und die Erhaltung des Friedens in Freiheit.

Die Strategie der Abschreckung hat sich über einen Zeitraum, der demnächst der längste in der mitteleuropäischen Geschichte seit dem 30jährigen Krieg (1618 - 1648) sein wird, als geeignetes Mittel erwiesen, dieses Ziel zu verwirklichen. Eine Alternative für verantwortliche Sicherheitspolitik ist nicht absehbar.

.....
Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Zimmermann

(Hervorhebung durch fettgedruckte Schrift von der Redaktion)
Vielleicht laden die beiden Briefe von Frau Will-Feld und Herrn Zimmermann den ein oder die andere LeserIn ein, darauf zu antworten.
Ansatzpunkte gibt es sicherlich genug (d.Red.).

Kurzberichte

Hasselbacher Atomraketenanlage unrechtmäßig

Am 3. Oktober fand im Gemeindehaus in Hasselbach ein Informationsabend statt, zu dem Gerhard Lorenz aus Bell eingeladen hatte. Gernot Rotter von den GRÜNEN im Landtag berichtete über die Unrechtmäßigkeit der Errichtung der Atomwaffenanlage Hasselbach. Hier wurde bei der Landbeschaffung ein eklatanter Formfehler begangen, so daß jetzt für die Gemeinde Bell, sollte es zu einer weiteren militärischen Nutzung des Geländes nach Abzug der Cruise Missiles kommen, eine Grundlage da wäre, rechtlich dagegen vorzugehen. Daß die Gemeinde dies auch tun wird, wird als eher unwahrscheinlich eingeschätzt. Dies zeigt sich auch darin, daß insgesamt nur vier Gemeinderäte - zwei aus Bell und zwei aus Hasselbach - zu der Informationsveranstaltung gekommen waren. Das große Problem ist hierbei die Berührung Angst mit den GRÜNEN, so scheint es, obwohl man doch meinen könnte, wir hätten gelernt, in dieser Frage über die Parteigrenzen hinwegzudenken.

Näheres zu diesem Thema ist in einer Informationsbroschüre festgehalten, die übers Friedensbüro oder direkt über die GRÜNEN im Landtag, Deutschhausplatz 12, 65 Mainz, zu erhalten ist.

Eröffnung eines „EINE-WELT-LADENS“ in Kastellaun

Clemens Ronnefeldt berichtete auf der letzten Vollversammlung über die Gründung des „Eine-Welt-Laden e. V.“, der demnächst (voraussichtlich Mitte November) einen

Laden in Kastellaun eröffnen wird.

Dies ist das Ergebnis einer Idee, die eigentlich noch gar nicht so alt ist: einen Laden einzurichten, in dem u.a. Produkte aus der sog. 3. Welt und von Hunsrück-Landwirten, die biologisch anbauen, ihren Betrieb umstellen oder versuchen, ihre Produkte selbst zu vermarkten, angeboten werden sollen. Es geht darum, deutlich zu machen, daß wir mit unserem Konsumverhalten wesentlich zur Ungerechtigkeit in dieser EINEN WELT und auch zur Umweltzerstörung beitragen.

Der Laden ist in der Marktstraße (ehemalige KLAMOTTE), neben dem Rathaus. Weitere Informationen bei Clemens Ronnefeldt (06762-6339) und Rolf Haller (06762-6038).

Regelmäßiger Info-Tisch in Simmern

Ein Ergebnis der Vollversammlung am 7. Okt. ist der Beschluß, an jedem verkaufsoffenen Samstag einen Info-Tisch in Simmern aufzubauen. Den ersten am 5. Nov. übernimmt der ökumenische Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Frieden unter der Verantwortung von Klaus Michel. Den nächsten übernimmt der Kirchberger Stammtisch. In diesem Zusammenhang kann auch erwähnt werden, daß die Friedensinitiative seit einiger Zeit über einen sehr schönen, stabilen, leicht montierbaren Informationsstand verfügt, den Claus-Hein entworfen und die Schreinerei des VBS (Sohrschied) fertiggestellt hat. Anne wird dazu noch eine Plane fertigen, damit der Stand auch bei unschönem Wetter ordentlich aussieht und nicht wie ein „Unterwassersegelboot“.

Im Friedensbüro

- gibt es Postkarten gegen die Tieffliegerei, die an die Gesundheitsministerin Süßmuth adressiert sind,

- gibt es Bücher zum Ausleihen, darunter: **“Nuclear Battlefields”** von W.M. Arkin und R.W. Fieldhouse - **auf deutsch**, und **“The Gmera at War”** (Bilder aus dem Krieg) von Jorge Lewinski,

- gelten immer noch folgende **Öffnungszeiten**:

Mo., Do. und Fr. von 9.00 bis 13.00 Uhr, Mi. und Do. von 14.00 bis 18.00 Uhr.

Leider haben wir keinen Telefonanrufbeantworter für den Fall, daß zu diesen Öffnungszeiten mal niemand da sein sollte, was gelegentlich leider vorkommen kann.

Über die Demonstration der Friedensbewegung an der Baustelle des NATO-Kriegsführungsbunkers in Linnich

liegt kein schriftlicher Bericht vor. Ihr hättet ja gefälligst mitfahren können. Im Bus waren noch einige Plätze frei!

Manfred Fuchs: Ein Besuch in Wackersdorf

Zwei Ereignisse führten uns, meine Frau und mich, am Wochenende 01. und 02. Okt. nach Wackersdorf.

Für den Samstag hatten sich die „Ärzte für den Frieden - IPPNW“ zu einer Protestkundgebung angemeldet.

Nachdem wir uns über die örtlichen Gegebenheiten in der bayrischen Oberpfalz informiert hatten, waren wir um 12 Uhr auf dem Marktplatz von Wackersdorf. Zusammen mit Freunden und Sympathisanten schwankte die Teilnehmerzahl zwischen 700 und 1000 Frauen und Männern. Viele in den obligatorischen weißen Kitteln. Fünf Busse aus verschiedenen Städten der BRD haben die für den Frieden engagierten Ärzte in die Nähe der Großbaustelle für eine atomare Aufbereitungsanlage gebracht. Viele kamen mit PKW, auch Fahrgemeinschaften waren zu erkennen. Kurz: ein ähnliches Bild, wie bei allen anderen Veranstaltungen der Friedensbewegung. Das Erscheinungsbild war etwas „akademischer“ und dann die weißen, wogenden Kittel.

Vom Marktplatz fuhren wir mit den nun überfüllten Bussen in die Nähe des „Franziskus-Marterl“, dem Ort, an dem der christliche Widerstand gegen die Atomfabrik sichtbar und erfahrbar wird. Diese und weitere Orte haben eine Geschichte wie bei uns im Hunsrück das Friedenskreuz und der Kreuzacker. Sonntag für Sonntag treffen sich am „Marterl“ um 14 Uhr Christen in ökumensicher Gemeinschaft zu einer „Andacht“, die zum Leidwesen der Kirchenoberen von verschiedenen katholischen und evangelischen Pfarrern intensiv unterstützt und geleitet wird. Der ev. Pfarrer Roth beschrieb sehr eindrucksvoll den Medizinern und ihren Freunden die Örtlichkeit und ihre Bedeutung für die Menschen in dieser Region. Ansprechpartner für die Ärzte waren die Mitglieder des Arbeitskreises „Theologie und Kernenergie“, der im 35 km entfernten Regensburg sehr intensiv die Friedensarbeit an der WAA begleitet und unterstützt. Von Friedensarbeit darf hier auf jeden Fall gesprochen werden, denn bei vielen Beiträgen kam der Zusammenhang der drei Themenbereiche „Umgang mit der Natur und Schöpfung“, „Gerechte Strukturen im unmittelbaren Bereich und weltweit“ und „Bewahrung des Friedens auf allen Ebenen“ deutlich zum Ausdruck.

Vom „Marterl“ aus gingen wir alle gemeinsam ca. 400 m zum Baugelände, welches mit einem Betongraben und einem Zaun aus Stacheldraht umgeben ist. Nach einer Stunde erreichten wir das Haupttor der WAA. Beeindruckend war das Ausmaß der gesamten Anlage mit den überdimensionalen Bauvorhaben. Erschreckend die Tatsache, daß aus „Sicherheitsgründen“ ein 70 m breiter Waldstreifen um das riesige Gelände abgeholzt worden ist. Der Grundwasserspiegel sei, so sagten uns die Einheimischen, schon um 1,5 m gefallen. Die Mehreinnahmen an Gewerbesteuer durch die WAA werden zum großen Teil für die nun notwendig werdende neue Wasserversorgung aufgewendet.

Einhellig war die Meinung der Ärztinnen und Ärzte: Nach einem möglichen atomaren Supergau können wir so gut wie gar nicht helfen - vor einer Katastrophe können wir helfen indem wir eindeutig **“NEIN”** zu dieser Technologie sagen.

Die im Widerstand engagierte Bevölkerung aus der bayrischen Oberpfalz notierte mit Verwunderung aber auch mit Verärgerung die „Nichtgegenwart“ der sonst immer präsenten Polizeieinheiten. Außer einigen Verkehrspolizisten waren keine Ordnungshüter zu erblicken.

Am Haupteingang erwarteten uns die Busse, die uns zurück nach Wackersdorf brachten. Im überfüllten katholischen Gemeindehaus begann ein hochkarätig besetztes Podiumsgespräch. Ein österreichischer Professor war auch mit dabei. Begrüßt wurden die Protestler vom Landrat und WAA-Gegner (eine für uns Hunsrückler unvorstellbare Situation). Über Lautsprecher wurden die Reden ins Freie übertragen.

Alle bezeugten ihre Hilflosigkeit gegenüber den jetzt schon auftretenden Strahlenschäden bei den Menschen und in der gesamten Natur. Was passiert, wenn die WAA so arbeitet, wie der Betreiber sich den Betrieb vorstellt? Aus dem vorgesehenen 200 m hohen Schornstein sollen (und das ist erlaubt) die 1000-fache Menge schädlicher Substanzen ausgeschieden werden, wie bei einem bisherigen Atomkraftwerk.

Besonders deutlich wurde uns allen die Hilflosigkeit der Ärzte bei dem Bericht über die spektakuläre Zusammenarbeit amerikanischer und russischer Ärzte nach der Katastrophe von Tschernobyl. Auch der bekannte Knochenmarkspezialist Prof. Gale eilte in die UdSSR um zu helfen. Das Ergebnis ist deprimierend. Von den 14 geschädigten Patienten, die in Behandlung der bekanntesten Kapazitäten auf diesem Gebiet waren, leben noch drei Menschen. So aussichtslos ist die Hilfsmöglichkeit nach einem möglichen SUPERGAU. Der Kommentar eines Oberpfälzers: Das was die bayrische Landesregierung uns aufs Auge gedrückt hat, wollten zehn andere Orte in der BRD nicht haben. Wir sagen NEIN zur WAA.

Da der Landrat die Baugenehmigung nicht erteilt hatte, wurde das ganze nur druchführbar durch ein neues Gesetz der bayrischen Landesregierung, welches dem Regierungspräsidenten in Regensburg die Möglichkeit gab, die Baugenehmigung unter Umgehung der Kreisbehörden zu erteilen.

Die Veranstaltung endete mit einem Gang durch Wackersdorf zum Verwaltungsgebäude der WAA.

Am Sonntag begleiteten wir dann das drei Zentner schwere Friedenskreuz aus dem Aachener Dom von Schwandorf über Wackersdorf zum "Marterl". Die Gruppen von PAX CHRISTI Aachen und Regensburg hatten zu diesem ca 14 km langen Kreuzweg aufgerufen. Hier bildete der Abschluß die "Andacht" mit ca. 500 Menschen am "Marterl". Dieses gemeinsame Gehen war ein Erlebnis für sich und es mußte extra berichtet werden. Bei dieser Gelegenheit war es uns besonders gut möglich, bei der einheimischen Bevölkerung die Situation in der Oberpfalz zu erfragen und vom Hunsrück zu berichten.

Abschließen möchte ich meinen sicher unvollständigen Bericht mit einem Gedicht eines oberpfälzer Mundartdichters.

Wackersdorf

da wold is weg
aus dem letztn großen baam
hamma uns an heiland gschnitzt

vor dem hams angst ghabt
der hot glebt in unsere köpfe
drum hams n uns gstohln
drum hams n obgrissn vom kreuz
bloß seine holzern händ hängen laar

und ognaglt am balkn

etz kon a nix mehr toa für uns
etz miaß ma selber hinlanga

rundumadum stellns scho
oa hochspannungskreuz nerm ändern aaf

an ganzzn wold aus hochspannungsmastn
alloans für uns

Harald Grill

Inside the wall

Es scheint so, als hätten die Verantwortlichen der Cruise-Missiles-Basis Hasselbach die ständigen Bemühungen, der Mauer ein anderes Aussehen zu geben, als Anregung aufgefaßt.

Im "Gryphon Guardian", Ausgabe August 88, ist ein Malwettbewerb ausgeschrieben, der zum Ziel hat, die Mauerinnenseite malerisch zu gestalten.

Es scheint allerdings auch so, als seien wir zu diesem Wettbewerb nicht zugelassen. Kurz nach Erscheinen dieser Nummer wurde Fritz, ein junger Holländer, festgenommen, weil er seine Vorschläge auf die Mauer brachte - allerdings von außen. Nichtsdestotrotz könnten wir ja weiterhin versuchen, unsere Vorschläge einzureichen.

+++Termine+++Veranstaltungen+++Termine+++

Das Bildungswerk Rheinland-pfälzischer Initiativen und das Projekt Regionale Konversion laden ein zu einer Beratung:

Westpfalz zivil - aber wie?

am **Samstag und Sonntag, dem 19. und 20. November 1988**

im Naturfreundehaus Finsterbrunnertal

6571 Finsterbrunnertal

06306/ 2882

In Vorträgen und Diskussionen sollen die folgenden Themen erörtert werden:

"Streiflichter durch die Wirtschaftsgeschichte von Kaiserslautern und Umgebung" von Studiendir.i.R. Werner Weidmann (angefr.)

"Kosten-Nutzen-Analyse des Faktors Militär in der Westpfalz und in Rheinland-Pfalz" von Erich Schmidt-Eenbohm vom Starnberger Institut für Friedenspolitik

"Von der betrieblichen zur regionalen Konversion. Berichte von Konversionsprojekten und neuen (alternativen) Wirtschaftsjekten der Region."

"Situation und Veränderungspotential bei den Zivilbeschäftigten der US-Streitkräfte" von Karl-Heinz Schmidt, ÖTV-Mitglied und ehemal. Zivilbeschäftigter (angefr.)

"Neue Wege braucht das Land - Erfahrungen mit dem Verein für eigenständige Regionalentwicklung in Hessen" von Hubert Weismantel, Regionalberater

"Der Beitrag der Regionalplanung zur Entwicklung der Region" von Dipl. Ing. Theophil Weick, Planungsgemeinschaft Westpfalz

"Beispielhafte Projekte stellen sich vor" Rückfragen und Gespräch

"Ansätze einer landesweiten Koordination" von Arno Carbach (Koordinationsbeauftragter für Regionale Konversion / eigenständige Regionalentwicklung)

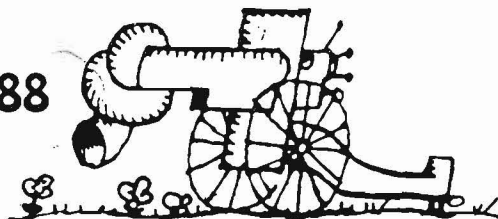
Anmeldung schriftlich oder telefonisch bei:

Roland Vogt, Sonnenwendstr. 17, 6702 Bad Dürkheim. Tel. 06322/5102

Beitrag: 20 DM Incl. Übernachtung und Verpflegung (10 DM ohne Übernachtung).

HUNSRÜCKER FRIEDENSDEKADE '88

Vom 6. - 16. November



Veranstaltungsprogramm

Montag, 7. 11. - 20.00 Uhr

Gemeindehaus in Lautzenhausen:

VON HAHN NACH IBIZA ?

• Eine Podiumsdiskussion mit

Gisela Neubauer, CDU-Landtagsabgeordnete;

Joachim Mertes, SPD-Landtagsabgeordneter;

Gernot Rotter, Landtagsabgeordneter der GRÜNEN;

Wolfgang Bartels, Journalist und Mitarbeiter in der Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel;

Rainer Brüderle, Wirtschaftsminister von Rheinland-Pfalz (F.D.P.) - angefragt;

Sprecher/in des Verteidigungsministeriums - angefragt

„Starten Urlauber nach Ibiza bald vom US-Flugplatz Hahn?“

So war es in der „Hunsrücker Zeitung“ am 16. Juli d. J. zu lesen. Hintergrund dieser Meldung war eine Initiative der CDU-Landtagsabgeordneten Gisela Neubauer, die sich für eine Umwidmung des US-Flugplatz Hahn in einen zivilen Flughafen ausgesprochen hat. Auch der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Rainer Brüderle plädiert dafür, einen der acht Militärflughäfen in Rheinland-Pfalz in einen zivilen Flughafen umzuwandeln. In Anbetracht der Abrüstungsverhandlungen der beiden Supermächte erscheine dies für machbar und sinnvoll, um vor allem den Frankfurter Flughafen zu entlasten, der an den Grenzen seiner Kapazität angelangt sei.

Ein ziviler Flughafen im Hunsrück - wie würde das in der Realität aussehen? Welche Veränderung ergebe sich für die räumliche Infrastruktur und die Arbeitsmarktsituation im Hunsrück?

Hierzu sollen die PodiumsteilnehmerInnen unter folgenden Leitfragen Stellung nehmen:

- Wie stehen die realen Chancen einer Umwidmung des US-Flugplatz Hahn in zivilen Nutzen?
- Wäre ein ziviler Flughafen im Hunsrück wünschenswert unter Berücksichtigung des ökonomischen und ökologischen Aspekts?
- Gibt es Beispiele der Umwidmung militärisch genutzter Gelände in zivilen Nutzen bzw. für Konversionsprojekte?
- Welche Erfahrungen wurden beim Bestreben danach gemacht?

Es wird auch Gelegenheit für das Publikum sein, Fragen zu stellen und mitzudiskutieren.

Veranstalter: Verein für friedenspolitische und demokratische Bildung e.V. / Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel

Mittwoch, 9.11. - 19.30 Uhr,

ev. Kirche in Gödenroth:

Ökumenischer Gedenk- und Bußgottesdienst zum 50. Jahrestag der Pogromnacht 1938.

Die Predigt hält Jörn-Erik Gutheil von der Leitung der Ev. Kirche im Rheinland.

Es lädt ein: Ev. Kirchengemeinde Gödenroth

Samstag, 12.11. - 20.00 Uhr,

Simmern im Schloß:

STAATLICHER MORD - VERSCHWUNDENE MENSCHEN

Eine Vortragsveranstaltung mit Dias.

Reiner Engelmann aus Manubach berichtet über die Arbeit von ai (amnesty international). Zum Abschluß folgt eine kurze Lesung.

Veranstalter: Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel

Sonntag, 13.11. - 19.00 Uhr,

Kastellaun, katholischer Pfarrsaal:

BENEFIZ-KONZERT MIT KLASSISCHER MUSIK

- Gitarrenmusik mit Werken von

Mauro Guiliani, Joacim Rodrigo u.a.

Der Erlös dieses Konzertes ist bestimmt für den neu gegründeten „Eine-Welt-Laden“ in Kastellaun.

Veranstalter: Eine-Welt-Laden e.V.

Montag, 14.11. - 20.00 Uhr,

Kirchberg, Musiksaal der Grundschule:

„BELUGA“ – DAS AKTIONS- UND LABORSCHIFF VON GREENPEACE

Über die Hintergründe und Aktionen der „Beluga“, deren Besatzung auf den Flüssen Europas eine Reihe skandalöser Umweltverschmutzungen aufdeckte, informiert Stefan Spahl von der Greenpeace-Gruppe Neuwied.

Veranstalter: Verein für friedenspolitische und demokratische Bildung e.V.

Theater - Theater - Theater - Theater - Theater -

- Nachtrag zum Programm der Friedensdekade 88 -

Mittwoch, Buß- und Betttag, 16. Nov., 19.00 Uhr
in der Mehrzweckhalle des Herzog-Johann-Gymnasiums in Simmern
„WOZA ALBERT“
Christus im Apartheid-Staat

Wie die südafrikanische Gruppe "The Company" die Unterdrückung der Schwarzen auf die Bühne bringt.

In lockerer und verblüffender Wandlungsfolge zeigt sie in dem Zwei-Personen-Stück, wie die Wiederkehr Christi, der für die Zuschauer unsichtbar bleibt, von den Schwarzen und Weißen aufgenommen wird.

"Woza" heißt „Erhebe dich“; mit „Albert“ ist der frühere Präsident des verbotenen Südafrikanischen „African National Congress“ und Friedensnobelpreisträgers Albert Lutherli gemeint.

Eintritt: 10,- DM, Jugendliche Ermäßigung

Veranstalter: Fachschaft Religion des Herzog-Johann-Gymnasiums in Verbindung mit dem Ökumensichen Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Frieden

Gentechnik und Bevölkerungspolitik

Informations— und Diskussionsveranstaltung
mit einer Referentin vom Gen- Archiv Essen

Am Freitag, dem 25. November 1988, 20.00 Uhr
in Simmern, auf dem Schmiedel

Veranstalter: Psycho-sozialer Arbeitskreis, Simmern

Am Samstag, dem 26. November 1988, ab 10.00 Uhr
Seminar Für Frauen

Dias und Film zum gleichen Thema in der Ohlweiler Mühle
Ohlweiler bei Simmern.

Anmeldung unter Telefon 06763-4055

**Das AMT FÜR JUGENDARBEIT der
ev. Kirche im Rheinland lädt ein zur:**

FORTBILDUNG FÜR FRIEDENSARBEIT
- Gerechtigkeit - Frieden - Bewahrung
der Schöpfung

Worum gehts?

"Das Eintreten für mehr Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe, für einen Frieden ohne Waffen und gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen wird in der Ökumene mit dem Stichwort "Konziliarer Prozeß" beschrieben. Wir möchten dieser Bewegung in unserem Leben und unserer Arbeit mehr Gewicht und

Verbindlichkeit geben. So ist der Gedanke einer längerfristigen Fortbildung für Friedensarbeit entstanden...".

An zwei Wochenenden und in drei Kurswochen sollen Lern- und Arbeitsformen, Kopf- und Handarbeit, Spiritualität und Feier verbunden werden, "so daß sich eine Mischung von konkreter Utopie und überprüfbarer Projektarbeit ergeben kann".

Lernfelder und Termine:

11. - 13. November 1988

Einführungswochenende (Entscheidung zur verbindlichen Teilnahme)
Jugendbüro Malteserhof, Königswinter

1. - 6. Januar 1989

"Folgen der Atomtechnologie"
Ev. Jugendbildungsstätte Hackhauser Hof,
Solingen

3. - 8. September 1989

"Befreiung als militärischem Denken"
Tagungshaus Knotenpunkt, Buch/Hunsrück

1. - 6. Januar 1990

"Alternativen zur Bio-Technologie"
Ev. Landjugendakademie, Altenkirchen

Frühjahr 1990

Abschlußwochenende
Jugendbüro Malteserhof, Königswinter

Eingeladen sind:

Ehrenamtliche/freiwillige MitarbeiterInnen ab

18 Jahren mit mindestens zweijährigem Engagement in der (kirchlichen) Jugendarbeit oder in friedens-, umwelt- oder entwicklungspolitischen Gruppen.

Hauptamtliche MitarbeiterInnen mit gleichen Voraussetzungen.

Wehrpflichtige, Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende im Rahmen der Konzeption eines sozialen Friedensdienstes.

Weitere InteressentInnen nach Absprache.

Weitere Informationen und Anmeldung

bis 1. November 1988 bei:

Klaus Waiditschka

Amt für Jugendarbeit der EKIR

Referat Rheinland - Süd

Mainzer Str. 81

Dies ist _k ein Überfall !! — aber ein dringender Spendenaufruf !

Wir sind uns alle darüber einig, daß wir trotz des INF-Vertrags noch jede Menge zu tun haben:

- Goßberg
- Mobilmachungstützpunkt bei Dichtelbach
- Ausbau des US-Flugplatz Hahn
- usw. usw. usw.

Aber dafür brauchen wir auch weiterhin Geld.

Leider ist das Spendenaufkommen in letzter Zeit zurückgegangen und die hohen Ausgaben und geringen Einnahmen beim letzten Ostermarsch machen sich immer noch bemerkbar. Wir verfügen zur Zeit praktisch über kein Polster. Das Geld, das rein kommt, ist auch gleich wieder weg.

Wie die Kosten für die Veranstaltungen in der Friedensdekade gedeckt werden, ist noch offen.

Deshalb nochmal an alle:

Sprecht Freundinnen und Bekannte an, falls Ihr selbst schon zum SpenderInnenkreis gehört.

Wir machen nochmal darauf aufmerksam, daß die Spenden steuerlich absetzbar sind, da der "Verein für friedenspolitische und demokratische Bildung" als gemeinnützig und förderungswürdig anerkannt

ist. Außerdem erhalten alle, die uns regelmäßig spenden, die Friedensinformationen kostenlos.

Spendenkonto:

**Hildegard Engelmann - Sonderkonto -, Postgiroamt Frankfurt,
BLZ 500 100 60, Kto. 441898-603**